

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 94 (2003)
Heft: 22

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stellungnahmen zum grossen «US-Blackout»

(veö/m) Im Nordosten und dem Mittelwesten der USA und in Teilen Kanadas waren am 14. August 2003 bis zu 50 Mio. Personen bis zu 36 Stunden ohne Strom. Der Stromausfall geht möglicherweise auf einen Spannungsabfall im Leitungsnetz im Norden Ohios und im Osten Michigans zurück. Zu dem Ergebnis kommt ein vorläufiger Bericht eines kanadisch-amerikanischen Regierungsausschusses.

USA und Kanada stellten gemeinsame Untersuchungen für das Blackout an und führten unter anderem folgende Punkte als Gründe an:

- Fehlen an Netzinvestitionen,
- Fehlen an verbindlichen Regelungen,
- Fehlen an klaren Kompetenzen in Bezug auf die Versorgungssicherheit.

Die EU-Generaldirektion Energie hat ein Arbeitsdokument, das eine Untersuchung zum amerikanischen Stromausfall und Kommentare zum Vergleich mit Europa liefert, mit allen EU-Kommissaren diskutiert. Das Arbeitsdokument der

Kommission sieht vor allem im enorm hohen Energieverbrauch pro Einwohner einen direkten Zusammenhang für den Stromausfall. Die Kommission kündigte für Herbst eine neue Mitteilung zur Entwicklung der Elektrizitätsinfrastruktur an.

UVEK verlangt Fakten zum Blackout in Italien

(u) Der Hergang der Ereignisse und die genauen Hintergründe der Strompanne vom 28. September in Italien sind noch nicht geklärt. Bevor Folgerungen über die Krisenorganisation im Stromsektor, die Aufgaben der Aufsichtsbehörde oder die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern gezogen werden, erwartet das UVEK eine Klärung der Ursachen der Netzausfälle und der Reaktionen der Stromwirtschaft. Ergebnisse werden in nächster Monatsfrist erwartet.

Das UVEK erwartet bis Mitte Oktober 2003 von der ETRANS, der Koordinationsstelle für das schweizerische Übertragungsnetz, und den betroffenen Netzbetreiberinnen eine ausführliche Berichterstattung über die Gründe und die Abfolge der Ereignisse.

Das Departement beauftragt zusätzlich das Eidgenössische Starkstrominspektorat und das Bundesamt für Energie (BFE) mit einer eigenen Untersuchung. Von Interesse ist eine Beurteilung insbesondere der Schaltvorgänge, Lastflüsse und des Verhaltens der Beteiligten. Wichtig sind ferner Aussagen zu Präventivmassnahmen und allenfalls nötigen Anpassungen des Vorgehens bei Störfällen. Dieser Bericht soll bis Ende Oktober 2003 vorliegen.

Seitens des BFE wurden Gespräche mit den Netzregulatoren und den für die Elektrizitätsfragen zuständigen Behörden in Frankreich und Italien aufgenommen. Als neutrale Stelle soll Nordel einbezogen werden (Nordel ist eine Organisation für die Zusammenarbeit der Übertragungsnetzbetreiberinnen der nordischen Länder). Vorrangiges Ziel ist eine gemeinsame Beurteilung der Strompanne. In den Gesprächen soll auch die künftige Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern im Krisenfall geklärt werden.

Aus der Netzstörung vom 28. September 2003 ergeben sich voraussichtlich auch Folgerungen für das im UVEK in Arbeit befindliche Gesetz zur Elektrizitätswirtschaftsordnung.

Der Blitzableiter



Disney- Generation?

In den letzten zehn Jahren hat sich im Bereich der direkten Kommunikation ein erstaunliches Phänomen entwickelt. Es bringt alles auf den Punkt und nennt sich PowerPoint. Es ist weltweit in über 250 Millionen PCs installiert, und man schätzt, dass damit täglich 30 Millionen Präsentationsfolien gemacht werden. Da auch in der Energiefachwelt kaum noch jemand Zeit hat, lange Manuskripte in einem guten Stil zu verfassen, präsentiert man die Zahlen ganz einfach auf einer illustrierten Folie und kommentiert diese – falls nötig – persönlich am Rand des Bildes stehend. Seinen Ursprung hat diese Kommunikationsart unter anderem bei Walt Disney, wo schon vor über 60 Jahren die Geschichten in Bilder umgesetzt wurden und die knappen Erklärungen dazu in Sprechblasen. Die interessierten Zuhörer bzw. Zuseher verdanken dies, denn auch sie haben keine Zeit, lange Vorträge zu «geniessen». Dafür bekommen sie im Laufe des Tages ein Mehrfaches an Zahlen, die sie kaum noch bewältigen können. Deshalb: es lebe die gute alte Fachzeitschrift. Hier können Sie Lesen, Zahlen aufnehmen, Bilder so lange betrachten wie Sie wollen oder ganz einfach weiterblättern. Im verdunkelten Vortragsaal gibt es als Alternative nur das Einnicken.

B. Frankl



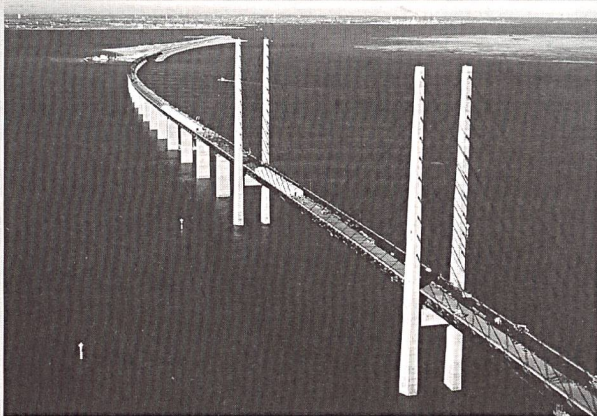
«USA by night»: enorm hoher Stromverbrauch (Bild NOAA/DMSP).

Schweden und Dänen ohne Strom

(m/v) In Dänemarks Hauptstadt Kopenhagen und in der schwedischen Grossstadt Malmö ist am 23. September die Stromversorgung für einige Stunden komplett zusammengebrochen. Betroffen waren rund 4 Millionen Menschen.

Gemäss ersten Evaluationen liege die Ursache an einem Schaltfehler im schwedischen Kernkraftwerk Oskarshamn und der darauf folgenden Kettenreaktion. Gleichzeitig war eine Stromverbindung zwischen Deutschland und Dänemark abgeschaltet worden. Gemäss einer anderen Quelle hätten Herbststürme eine Überlandleitung in Südschweden gekappt. Endgültige Angaben über die Ursachen des Stromausfalls liegen demnach noch nicht vor.

In Kopenhagen und in Malmö brach ein Verkehrschaos aus: Lifte blieben stecken, der öffentliche Verkehr stand still, Ampeln fielen aus, die Strassen waren verstopft. Etwa die Hälfte aller Geschäfte und alle Banken schlossen, weil weder Computer noch elektronische Kassen funktionierten. In einigen Spitälern konnten die Ärzte nur Notoperationen vornehmen.



Auch die 15,8 Kilometer lange Öresundbrücke zwischen Schweden und Dänemark wurde geschlossen. Sie verbindet Kopenhagen mit Malmö.

Insbesondere stellt sich die Frage, ob die heutigen Strukturen der Stromwirtschaft und der Behörden zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit ausreichen.

UCTE untersucht Strompanne in Italien

(a/u) Die UCTE (Union der europäischen Stromverteiler/ Union pour la Coordination du Transport de l'électricité en Europe) hat eine Kommission eingesetzt, welche die Ursachen für den Stromausfall in Italien vom 28. September klären soll. In die Ermittlungen sollen die fünf betroffenen Stromverteiler in Frankreich, Italien, Österreich, Slowenien und der Schweiz einbezogen werden.

Die französische RTE hatte aufgrund der widersprüchlichen Informationen eine Untersuchung gefordert. Der italienische Netzbetreiber GRTN hatte erklärt, dass der Stromausfall auf eine Panne in der Schweiz zurückzuführen sei. Etrans habe einen Stromausfall in der Schweiz nicht rechtzeitig gemeldet und nicht das vorgeschriebene Notprozedere angewendet, so der italienische Betreiber. Die Schweiz kündigte darauf die Absicht an, eine unabhängige Ermittlung in die Wege zu leiten.

Bevor der erste Zwischenbericht zur Verfügung stehe, seien Kommentare über die möglichen Ursachen verfrüht, so die UCTE. In einer weiteren Untersuchung sollen die Auswirkungen der Liberalisierung im europäischen Markt auf den Betrieb der Anlagen analysiert werden.

Un marché unique pour garantir l'approvisionnement?

(ue) Interrogée sur la récente coupure d'électricité en Italie, Loyola de Palacio, vice-présidente de la Commission européenne en charge de l'énergie et des transports, a rappelé que le paquet législatif sur le marché unique européen de l'énergie, adopté en juillet 2003, vise précisément à empêcher de telles situations: «La création d'un marché unique permettra le maillage de l'ensemble du territoire et de mettre fin à la situation de certains pays qui souffrent de leur isolement actuel» a-t-elle expliqué. «Notre réseau électrique souffre de congestion chronique dans plusieurs régions de l'Union, les goulets d'étranglement sont de plus en plus préoccupants et certaines parties de l'Union européenne sont encore mal connectées, voire tout à fait isolées. Nos besoins en énergie s'accroissent, et nous sommes de plus en plus dépendants des sources d'énergie extérieures, notamment pour le gaz: il est temps de donner aux infrastructures énergétiques de l'Union une véritable dimension européenne» a rappelé Loyola de Palacio.

Notstromsystem verursachte Londer Strompanne

(ar) Mehr als zwei Stunden lang lag Ende August die Lon-

Dunkle Ahnungen

(veö) Nachdem durch den fehlenden Lückenschluss im 380-kV-Ring die permanente Versorgungssicherheit insbesondere in der Steiermark nicht mehr gesichert ist, ziehen jetzt auch zunehmend dunkle Wolken am internationalen Horizont auf. Die steigenden europäischen Lastflüsse belasten die schwachen österreichischen Nord-Süd-Verbindungen zusätzlich (aus VEÖ-Journal Mai 2003).

doner Innenstadt im Dunkeln. Die britische Energiebehörde Ofgem hat Montagefehler an einem neuen Notstromsystem als Ursache für den massiven Stromausfall in London genannt. In der britischen Hauptstadt war zur Hauptverkehrszeit der Strom ausgefallen und legte unter anderem das komplette U-Bahn-Netz lahm.

Mangelnde Investitionen in die privatisierten Stromnetze seien als Ursache auszuschliessen, hiess es in einem vorläufigen Untersuchungsbericht. Seit ihrer Privatisierung seien 16 Milliarden Pfund (35 Milliarden Franken) in die Stromnetze investiert worden, dies sei mehr als vor der Privatisierung.

Monteure hatten dem Bericht zufolge Schutzvorrichtungen im Netz nicht richtig abgeschlossen. Der Stromausfall betraf bis zu 500 000 Menschen in der britischen Hauptstadt. 60% der Züge waren stehen geblieben.



Stromausfall in London legte das komplette U-Bahn-Netz lahm.

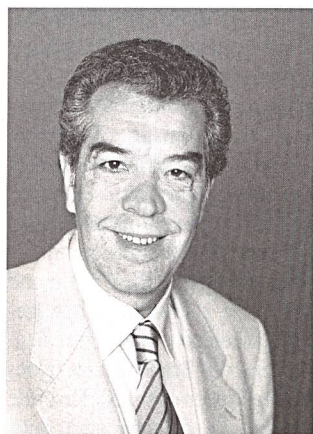
Sozialdemokraten fordern Halbierung der Energieabgaben und Ausbau der Wasserkraft

(sp) Der Energiesprecher der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), Georg Oberhaidinger, fordert neuerdings eine Halbierung der Energieabgaben. Gewinner der Liberalisierung sei der Finanzminister, der von der Erhöhung der nicht zweckgebundenen Energieabgaben profitiert. Das bedeute, dass jener Betrag, den die VerbraucherInnen durch die Liberalisierung gewonnen hätten, ins Budget fliesst. Der Finanzminister kassiere zweimal. Nun sollen auch Haushaltskunden endlich einmal von der Liberalisierung profitieren, sagte Oberhaidinger. Mit einer Halbierung sollen KonsumentInnen sowie Industrie und Gewerbe ab 2004 um rund 425 Mio. Euro entlastet werden. Zudem forderte der SPÖ-Energiesprecher die für eine Untersuchung der Versorgungssicherheit in Österreich nötigen Daten.

Weltweit hat es in diesem Sommer Stromausfälle gegeben, die Anlass zur Überprüfung der Versorgungssicherheit in Österreich geben. Die Versorgungssicherheit sei nämlich anzuzweifeln. Die immer wieder ins Treffen geführten Überkapazitäten bei der Stromversorgung würden sich auf stillgelegte Betriebe beziehen, die teilweise gar nicht wieder reaktiviert werden und Energie in das Stromnetz speisen können. Die SPÖ habe deshalb bereits im Oktober 2002 vorgeschlagen, um im Strombereich die Versorgungssicherheit (Netz,



In Österreich 10 000 bis 12 000 Gigawatt zusätzlich erreichbar? (Wehranlage Erlauf/Bild EVN)



SPÖ-Sprecher Georg Oberhaidinger fordert weniger Abgaben (Bild SPÖ).

Kraftwerkspark) zu verbessern, gemeinsam mit den Unternehmungen eine Koordinierung für langfristige Gemeinschaftsinvestitionen vorzunehmen. Tatsächlich müsse es gelingen, die Investitionen im Energiesektor wieder auf ein Niveau von 1,2 bis 1,5 Mrd. Euro jährlich anzuheben.

Zu denken sei etwa an den Ausbau der Wasserkraft. «10 000 bis 12 000 Megawatt zusätzlich sollen noch aus der Wasserkraft erreichbar sein», meinte Oberhaidinger. Auch könne die Effizienz bestehender Kraftwerke noch gesteigert werden.

Stromausfall in Athen

(e) Am 6. Oktober hat ein Stromausfall weite Teile der griechischen Hauptstadt Athen lahmgelegt. Die Panne sei innerhalb von einer Stunde wieder behoben worden, versicherte der Stromanbieter DEH. Nach Gewerkschaftsangaben war rund ein Drittel des Grossraums Athen betroffen. Die Betreibergesellschaft erklärte, die wahrscheinlichste Ursache für die Panne sei «ungewöhnlich hohe Feuchtigkeit in der Luft» gewesen.

Liberalisierung nicht Ursache für Pannen

(e) EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti machte beim 2. Weltforum für Energie-regulierung in Rom grosse Investitionslücken für die zahlrei-

Energienotizen aus Bern



Weniger CO₂-Ausstoss und mehr Arbeitsplätze dank kantonaler Energiepolitik

(bfe) Die seit 1980 von den Kantonen eingeführten Energievorschriften im Gebäudebereich haben 2002 im Vergleich zu einer hypothetischen Situation ohne solche Vorschriften Energie-Einsparungen von 940 GWh bewirkt, den CO₂-Ausstoss um 310 000 Tonnen reduziert, Investitionen von 1,3 Mrd. Franken ausgelöst und Arbeit für 5700 Personenjahre geschaffen. Auch die kantonalen Förderprogramme, welche der Bund im Jahre 2002 mit 13 Mio. Franken in Form von Globalbeiträgen unterstützt hat, zeigen positive Wirkungen. Gemeinsam mit den Mitteln der Kantone wurden im Jahre 2002 insgesamt 56,2 Mio. Franken an Förderbeiträgen ausbezahlt, mit welchen eine Reduktion des Energiebedarfes von 193 GWh, 170 Mio. Fr. an energetischen Investitionen, eine Beschäftigungswirkung von 900 Personenjahren und eine Reduktion des CO₂-Ausstosses von 68 000 Tonnen erzielt wurden. Die kantonale Energiepolitik leistet damit nicht nur einen wesentlichen Beitrag an die Energie- und CO₂-Ziele von EnergieSchweiz; sie hat auch positive volkswirtschaftliche Auswirkungen.

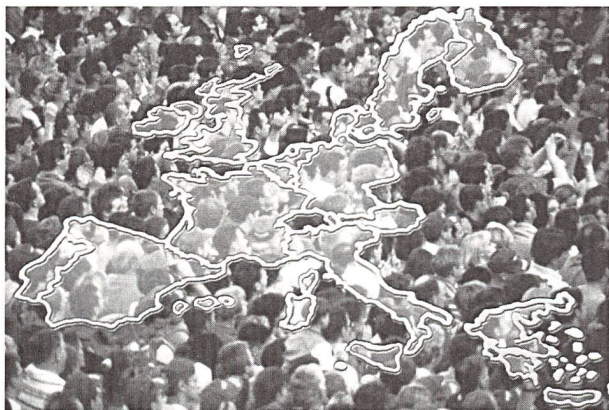
Die Kantone sind wichtige Partner von EnergieSchweiz und zuständig für den Gebäudebereich. Sie haben hierfür ihre eigene Strategie definiert. Danach soll zuerst der Energieverbrauch stark reduziert und der noch verbleibende Verbrauch möglichst mit regenerierbaren Energien gedeckt werden. Dazu dienen die kantonale Energiegesetzgebung und Förderprogramme. Die Wirkung der kantonalen Energiepolitik wurde von Bund und Kantonen erstmals umfassend untersucht.

Das Bundesamt für Energie veröffentlicht mehrere wissenschaftliche Studien im Zusammenhang mit der kantonalen Energiepolitik (siehe auch unter www.energie-schweiz.ch > Energie in meinem Kanton > Wissenschaftliche Studien).

Reorganisation der Aufsicht über die technische Sicherheit im UVEK

(uvek) Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) will die Aufsicht über die technische Sicherheit reorganisieren. Für die Umsetzung dieser Ziele braucht es ein neues Bundesgesetz über die technische Sicherheit (BGTS) und die Anpassung zahlreicher bestehender Spezialgesetze. Das UVEK wurde vom Bundesrat beauftragt, bis Ende 2004 zu Händen des Parlaments eine Botschaft auszuarbeiten.

Energie- und CO₂-Steuern sowie Emissionshandel in Europa



Die Reduktion von Treibhausgasen wird nicht mehr nur lokal, sondern auch überstaatlich betrachtet (Bild EU).

(enaw) Seit langer Zeit versuchen die meisten Staaten Europas, Energieverbrauch und Umweltbelastung in den Griff zu kriegen. In der «Vor-Kyoto-Zeit» wurde das Ziel meist mit massnahmenorientierten Vorschriften und Lenkungsmassnahmen angestrebt. Die Lenkungsmassnahmen bestehen in der Regel darin, die Energie, seltener die Emissionen, direkt zu besteuern. Durch diese Verteuerung werden finanzielle Anreize gesetzt, den Energieverbrauch und die Umweltbelastung zu verringern.

Praktisch alle EU-Länder haben heute ökologisch motivierte Steuern eingeführt. Mit dem Kyoto-Prozess ist ein neues Instrument dazugekommen: Die Reduktion von Treibhausgasen wird nicht mehr nur lokal, sondern auch überstaatlich betrachtet. Im Kyoto-Protokoll sind dazu «flexible Mechanismen» definiert, die auf einen Handel mit CO₂-Reduktionen hinauslaufen.

Die EU ist daran, ihr Lenkungsinstrumentarium im Klimaschutz entsprechend zu erweitern. Neben den Steuern soll nächstes Jahr ein EU-weites Handelssystem eingeführt werden. Dieses ermöglicht den einzelnen Mitgliedsländern, durch Handel untereinander die im Kyoto-Protokoll für die EU festgelegte CO₂-Reduktion mit reduzierten Kosten zu erreichen. Das Handelssystem bedeutet, dass CO₂-Emissionen für die im System eingeschlossenen Emittenten einen Preis erhalten: Entweder sie kosten (bei Zielüberschreitung) oder sie bringen Einnahmen (bei Zielunterschreitung).

Durch das EU-Handelssystem wird CO₂ zu einem Kostenfaktor für die betroffenen Unternehmen, der Lenkungseffekt im Klimabereich wird somit verstärkt. Allerdings werden in der ersten Phase nur einige Branchen (die energieintensiven) eingeschlossen. Ab 2008 sollen weitere Branchen und die Haushalte eingeschlossen und im Verkehrsbereich eine CO₂-Steuer eingeführt werden. (Quelle: Energie-Agentur der Wirtschaft)

chen Megablackouts der vergangenen Wochen verantwortlich. Es sei jedoch unangemessen, in der Liberalisierung des Strommarktes die Ursache für die vielen Pannen zu sehen. Die Probleme etwa durch unzureichende Produktionsmengen seien «bei den Schwierigkeiten zu suchen, die Umweltschützer

und die Verwaltung von Investitionen im Energiesektor in den vergangenen Jahren verursacht haben».

Gegenwind

(m/d) Die Windkraft in Deutschland schwebt in schweren Turbulenzen. Bis vor kur-

zem galt sie als Boombranche, nun blasen Politiker, Wirtschaftsführer und Umweltschützer zum Angriff. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement moniert eine Subventionsmentalität, und selbst der grüne Umweltminister Jürgen Trittin will die Förderung für Windenergieanlagen auf Landschneller als ursprünglich geplant kürzen.

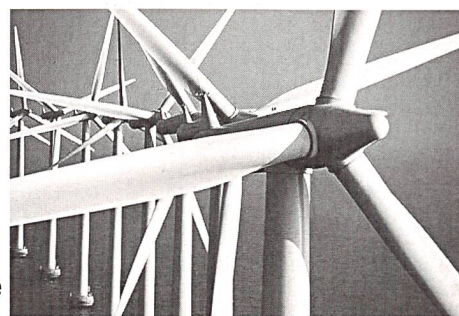
Wird die Branche zum Opfer ihres eigenen Erfolgs? Fast alle geeigneten Flächen sind mittlerweile verbaut, kaum eine Hügelkette in den Mittelgebirgen oder eine windträchtige Ebene im Flachland ist noch frei von Windrädern. Ihr Anteil am Stromverbrauch in Deutschland liegt mittlerweile bei 5,2%. Bundesweit drehen sich rund 14 000 Anlagen mit einer Leistung von 13 000 Megawatt. Stärker gefördert werden soll die Gewinnung auf See. Damit ist Wirtschaftsminister Clement allerdings nicht einverstanden. Er will die Fördersatzte generell deutlich schneller und stärker senken als sein grüner Kabinettskollege.

Siemens-Chef Heinrich von Pierer hat die Bundesregierung dennoch heftig kritisiert. «Dass eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Republik derart mit Windrädern vollstellt, ist abenteuerlich.» Die Subventionierung habe nicht nur «optische Umweltverschmutzung, sondern eine beispiellose Umverteilung von unten nach oben» zur Folge. Der «einfache Mann» müsse erhöhte Strompreise zahlen, «um die hohen Kosten der Windenergie zu subventionieren», während gleichzeitig «gut verdienende Privatinvestoren über Steuervorteile 8 bis 9% Rendite» kassierten, so Pierer.

Die Debatte um die Windenergie hat vor allem die Hersteller- und Zulieferindustrie für regenerative Energietechniken stark verunsichert. Diese hauptsächlich mittelständisch geprägte Industrie habe in den vergangenen Jahren im Vertrauen auf die politischen Rahmenbedingungen hohe Investitionen in neue Produktionsanlagen getätigt und gleichzeitig qualifizierte und zukunftsfähige Arbeitsplätze gesichert, teilte das Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR) in Münster mit. Der Bundesverband Windenergie (BWE) lehnt die aktuellen Vorschläge des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) kategorisch ab. «Es geht dem Wirtschaftsminister offenbar nicht darum, Kosten zu senken, sondern die erneuerbaren Energien platt zu machen.»

EU will bessere ökologische Konzeption Energie verbrauchender Produkte

(eu) Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine Richtlinie zur umweltfreundlichen Gestaltung Energie verbrauchender Produkte wie Elektro- und Elektronikgeräte oder Elektrowärmanlagen angenommen. Ziel der «Ökodesign»-Richtlinie ist die Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Produkten während ihres gesamten Lebenszyklus durch die systematische Berücksichtigung von Umweltbelangen bei ihrem Entwurf.



Kaum eine Hügelkette frei von Windrädern?

Durch kohärente EU-weit gültige Vorgaben für das Öko-design wird sichergestellt, dass unterschiedliche nationale Vorschriften kein Hindernis für den Binnenhandel darstellen. Zwar werden durch die Richtlinie keine unmittelbar bindenden Vorschriften für bestimmte Produkte erlassen, doch werden die Bedingungen und Kriterien für die Festlegung von Anforderungen an umweltrelevante Produkteigenschaften (wie den Energieverbrauch) definiert, mit denen sich diese rasch und effizient verbessern lassen.

Wenn Produkte die neuen Anforderungen erfüllen, werden davon sowohl Unternehmen als auch Verbraucher profitieren, da so der freie Warenverkehr innerhalb der EU erleichtert und die Produktqualität und der Umweltschutz gefördert werden. Der Richtlinienentwurf ist ein Durchbruch in der EU-Produktpolitik. Er enthält zahlreiche Innovationen und setzt zugleich die Grundsätze des Pakets zur Verbesserung der Rechtsvorschriften praktisch um.

«Feuille de route» de l'UE pour une économie durable de l'hydrogène

Êtes-vous prêts pour l'énergie du futur? Le 10 septembre, à Bruxelles, le président de la Commission, Romano Prodi, la Vice-Présidente Loyola de Palacio et le Commissaire chargé de la recherche, Philippe Busquin, ont présenté une communication sur des actions en vue du lancement d'un partenariat européen dans le domaine de la

technologie de l'hydrogène et des piles à combustible, guidé par un conseil consultatif, en vue de l'élaboration d'un plan stratégique de recherche sur l'hydrogène. Le partenariat regroupera les principales parties prenantes, privées et publiques, du domaine de l'hydrogène au niveau de l'UE.

La Commission financera également des projets de recherche sur le développement et le déploiement de l'hydrogène. Elle encouragera des initiatives publiques-privées destinées à promouvoir la commercialisation et le développement des entreprises. Elle établira un cadre politique cohérent, définira une stratégie de déploiement réaliste, renforcera la coopération internationale dans ce domaine, et promouvra l'éducation, la formation, l'information et la diffusion des résultats dans le domaine de la R & D liée à l'hydrogène. Le calendrier, la définition de la structure, le mandat du conseil consultatif et l'appel à manifestations d'intérêt pour la participation au conseil consultatif seront prêts dès octobre 2003.

Les réseaux de l'UE contribuent à la sûreté des centrales nucléaires européennes

(ue) A mesure que les 150 réacteurs électronucléaires d'Europe vieillissent, le maintien d'un haut niveau de sûreté est une question essentielle pour l'industrie et les décideurs politiques. Le Centre commun de recherche (CCR) de la Commission européenne a dirigé

pendant dix ans un réseau de collaboration entre les principaux acteurs européens dans la recherche et développement (R & D) concernant la sûreté des centrales électronucléaires vieillissantes.

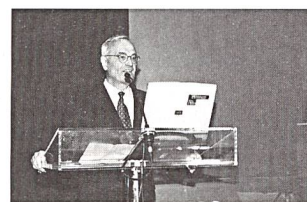
La Commission assure la coordination de grands réseaux de travaux sur le vieillissement des matériaux mis en œuvre dans les centrales électronucléaires (AMES), dans le domaine des inspections et de la qualification (ENIQ), de l'évaluation de l'intégrité structurelle des composants (NESC), de l'application des techniques de diffraction neutronique (NET) et de la sûreté des centrales nucléaires de type est-européen (SENUF). Tous ces réseaux font partie du projet SAFELIFE du CCR sur la sûreté des centrales électronucléaires vieillissantes.

Kein Stromkabel in der Nordsee

(eid) Das norwegische Erdöl- und Energieministerium hat die Anfrage des Netzbetreibers Statnett für den Bau eines 750 Kilometer langen 1200-MW-Stromkabels nach Grossbritannien abgewiesen. Der sozio-ökonomische Nutzen dieses Projekts sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu ungewiss. Statnett plante die Verbindung, die nach Meinung europäischer Stromexperten auch den Aufbau eines europaweiten Stromhandels begünstigt hätte, gemeinsam mit der britischen National Grid Transco.

E-Wirtschaft pocht auf neue Kraftwerke

(v) Unter den Referenten des 4. Internationalen Energiesymposiums am 24./25. September in Fuschl/Salzburg (Österreich) war unbestritten, dass ein erheblicher Investitionsbedarf in die Netzinfrastruktur und in Erzeugungseinheiten für elektrische Energie besteht. Die Politik wurde aufgerufen, einen fairen Wettbewerb mit langfristigen stabilen Rahmenbedingungen



Dipl.-Ing. Hans Haider, Präsident Eurelectric, fand deutliche Worte (Bild Verbund).

für alle zu unterstützen und die politischen Leitlinien konfliktfrei zu gestalten.

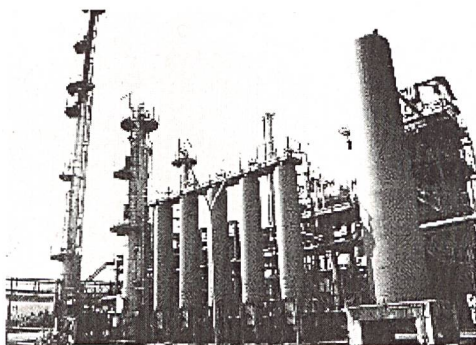
Deutliche Worte fand Hans Haider, der Vorstandsvorsitzende des Verbundes und Präsident von Eurelectric und Hausherr der Veranstaltung. In seinem Referat «Energiewirtschaft und Politik» erteilte er der Politik schlechte Zensuren. Er wies darauf hin, dass die volkswirtschaftlichen Konsequenzen des politischen Handelns im Energiesektor im Allgemeinen und in Österreich im Besonderen nicht ausreichend bedacht wurden.

Die grossen Stromausfälle in Kanada, den USA, danach in London und in Skandinavien machten aus Sicht von Haider deutlich, dass Investitionen in die Elektrizitätswirtschaft und insbesondere in die Übertragungsnetze notwendig sind, «auch wenn wir dafür derzeit keine Anreize vorfinden – weder im Preis noch sonst wo».

Pas de participation de l'Etat au groupe Alstom

(ue) La Commission européenne a annoncé que les autorités françaises ont accepté de modifier le plan de soutien d'une manière qui satisfait intégralement les conditions posées par la Commission.

La France ne devient pas actionnaire d'Alstom dans l'immédiat et n'adoptera pas des mesures qui seraient susceptibles de constituer des fonds propres. L'Etat apportera de la liquidité en forme de dette et donc pas en forme des fonds propres. La participation de l'Etat à l'augmentation de capital sera remplacée par un titre subordonné à durée déterminée remboursable en actions.



Production de l'hydrogène (foto AHA).